



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)**

Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 03.06.2022

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 13. Sitzung der
Bezirksvertretung Innenstadt vom 02.06.2022**

öffentlich

3.2 Beschluss über die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den rechtsterroristischen Anschlag in der Probsteigasse hier: erneute Zustimmung zu dem geänderten Text 0978/2022

Herr Leitner, CDU, beantragt die Aufnahme der Hausnummer in der Probsteigasse in den Text der Gedenktafel.

Ergänzter Beschluss:

Der Rat

beschließt die Anbringung einer Gedenktafel mit folgendem mit der Opferfamilie abgestimmten Text zur Erinnerung an den rechtsterroristischen Anschlag in der Probsteigasse für 10.000 Euro und beauftragt die Verwaltung, dort die Gedenktafel anzubringen:

*„So viele Leben, die zerstört wurden. Wofür? Was hat es euch gebracht? Wir hingegen können uns mit Stolz hinstellen und sagen, dass wir trotz allem, was ihr uns angetan habt, weitergemacht haben. Wir übernehmen Verantwortung für unser Leben.“
Eine Überlebende des NSU-Anschlags in der Kölner Probsteigasse*

*Zur Erinnerung an den NSU-Anschlag in der Probsteigasse am 19. Januar 2001
Den Opfern rassistischer Gewalt gewidmet*

Am 19. Januar 2001 explodierte hier im Geschäft einer iranischstämmigen Familie eine Bombe. Die damals 19-jährige Tochter überlebte den Anschlag nur schwer verletzt. Das Geschäft wurde völlig zerstört. Der Anschlag war Teil der Mord- und Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, der aus rassistischer Motivation deutschlandweit Bombenanschläge verübte und Menschen mit internationaler Familiengeschichte ermordete. Mindestens zehn Menschen fielen diesem neonazistischen Netzwerk in den Jahren von 2000 bis 2007 zum Opfer.

*Der Anschlag in der Probsteigasse, **Hausnummer XX**, 2001 war das erste von zwei NSU-Attentaten in Köln. Am 9. Juni 2004 verübte der NSU einen Nagelbombenan-schlag in der Kölner Keupstraße. Ein rassistischer Hintergrund wurde damals ausge-schlossen. Stattdessen wurde bei den polizeilichen Ermittlungen zur Mord- und An-schlagsserie des NSU vornehmlich im Umfeld der Betroffenen ermittelt. So wurden die Opfer in der öffentlichen Wahrnehmung zu Tätern. Erst mit der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 wurden die Mordopfer, die Überlebenden der Anschläge und ihr Umfeld als Opfer rassistischer Gewalt anerkannt.*

Wir sind bestürzt und beschämt, dass wir diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt haben, was sie waren: Morde und Mordversuche aus ras-sistischer Ideologie!

Wir stehen ein für eine gleichberechtigte, solidarische Gesellschaft – gegen Rassis-mus und Diskriminierung.

Der Rat der Stadt Köln

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.